

Eingangsstempel

--

Sächsisches Landesamt für Umwelt,
Landwirtschaft und Geologie
Referat 33 - Förderung
Zur Wetterwarte 11
01109 Dresden

Fördernummer¹ (Betriebsnummer)

--	--	--	--	--	--	--	--

Ohne Angabe der Fördernummer (Betriebsnummer) ist eine Bewilligung nicht möglich. Sofern Sie noch nicht über die erforderliche Fördernummer verfügen, wenden Sie sich bitte an die für Ihren Wohn- bzw. Betriebssitz zuständige Außenstelle des LfULG.

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung des Freistaates Sachsen nach der

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft für die Förderung von besonderen Initiativen zur Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, des ländlichen Raumes sowie des Umwelt- und Naturschutzes, zur Minderung der Belastung durch Umwelteinwirkungen, der Imkerei sowie von Berufsbildungsmaßnahmen der Land-, Forst- und Hauswirtschaft im Freistaat Sachsen vom 01. August 2007 in der Fassung vom 01.08.2008

Förderrichtlinie Besondere Initiativen – RL BesIn/2007

Der Antrag mit den zugehörigen Anlagen ist schriftlich beim LfULG ² einzureichen; eine Übermittlung per E-Mail ist nicht rechtsverbindlich. Es wird darauf hingewiesen, dass kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Elemente möglich ist.

1. Gegenstand der Förderung:

Teilnahme an Maßnahmen der Berufsbildung nach Berufsbildungsgesetz
(Nr. 2.1.2.2.1 RL BesIn/2007)

2. Bezeichnung der Maßnahme: _____

3. Dauer der Maßnahme vom/bis: _____

4. Veranstalter der Bildungsmaßnahme: _____

5. Ausbildungsort: _____

¹ Wenn vorhanden, bitte die bereits vergebene Fördernummer einsetzen.

² Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Referat 33 - Förderung

6. Antragsteller:

vollständiger Name, Vorname

Anschrift im Freistaat Sachsen (Hauptwohnsitz)

Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Telefon/Funk	Telefax
E-Mail	

Bankverbindung

Name der Bank	Ort der Bank
BLZ	Konto-Nummer
Kontoinhaber (falls abweichend Antragsteller)	

Geburtsdatum	Berufsabschluss
Tätigkeit	Betrieb

7. Angaben für die Ermittlung der Höhe der zuwendungsfähigen Förderung

7.1 Werden die Fahrten von der Wohnung zur Ausbildungsstätte mit dem eigenen Kfz durchgeführt. Wenn ja, dann sind folgende Fragen zu beantworten:

- Pol.-Kennzeichen
- Voraussichtliche Kilometer (einf. Strecke)
(Abgleich erfolgt mit Michelin Routenplaner)
- Mitnahme von weiteren Lehrgangsteilnehmern
(Namentliche Benennung ist erforderlich)
- Bei Mitnahme Angabe der voraussichtlichen Kilometer (einf. Strecke)
(Abgleich erfolgt mit Michelin Routenplaner)

7.2 Bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels (Bahn) sind die Bahnfahrkarten und/oder Fahrkarten des ÖPNV beizufügen. Vorhandene Sparmöglichkeiten (BahnCard, Sparpreise) sind zu berücksichtigen.

- Fahrkarten:

7.3 Die Lehrgangskosten, Teilnehmerbeiträge, Übernachtungskosten sind durch Rechnungslegung der Ausbildungsstätte und Überweisungsträger mit Kontoauszug nachzuweisen.

**Für das Vorhaben ist oder wird außerdem eine Förderung in Höhe von
EUR bei (weiterer Stelle):** **beantragt.**

8. Ausgaben- und Finanzierungsplan (EUR)
(Angaben in vollen Euro, Zuwendungen sind auf volle Euro abzurunden)³

Pos.	In der Spalte „Gesamtausgaben“ sind jeweils 100 % der tatsächlich anfallenden Ausgaben, die dem Antragsteller entstehen, einzutragen.	Gesamtausgaben
	Maßnahmen nach Berufsbildungsgesetz (BBG) – Fördersatz 80 % (Nr. 5.3.5.1 RL BesIn/2007)	
1	Ausgaben im Zusammenhang mit der Teilnahme an einem Lehrgang (Summe aus 1.1 – 1.3)	
1.1	- Lehrgangskosten, Teilnahmebeiträge	
1.2	- Übernachtungskosten (bis max. 30 EUR/Nacht, sofern eine tägliche An- u. Abreise nicht zumutbar ist)	
1.3	- Reisekostenvergütung (Fahrtkostenerstattung bei Benutzung der Bahn oder Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,15 EUR/km zzgl. 0,02 EUR/km je weiterer mitgenommener Person)	
2	Unterrichtsmaterialien, die nicht Bestandteil der Pos. 1 sind	
	Summe	

Übersicht über die Finanzierung in EUR

	Gesamteinnahmen
Gesamtausgaben (Summe 1.1 bis 2)	
./. Eigenmittel des Antragstellers (Mindestens 20 % der anfallenden Ausgaben bei Pos. 1.1 und	
./. Mittel Dritter – öffentliche Hand (z. B. Landkreis, Arbeitsagentur)	
./. Mittel Dritter – Sonstiger (z. B. Unternehmen)	
= beantragte Zuwendung	

³ erläuternde Angaben sind auf einem gesonderten Blatt erforderlich

9. Anlagen zum Antrag:

Zutref-
fendes
ankreu-
zen

Bescheid über die Zulassung zur Prüfung (zu beantragen bei Ref. 34 LfULG) bzw. Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung (in Kopie beifügen)

Vereinbarung zur Fortbildung mit der Ausbildungseinrichtung (mit Rücktrittsklausel; Informationen zu den Lehrgangskosten, Zeitplan u.ä. sind in Kopie beizufügen)

Mitfinanzierungszusage(n), Mittel Dritter (schriftlicher Nachweis)

Nachweis über Wohnsitz oder Arbeitsstelle im Freistaat Sachsen (Wohnungswechsel ist ggf. anzuzeigen)

Falls erforderlich Anlagen zur Untersetzung des Ausgaben- und Finanzierungsplanes (Punkte 7 und 8)

10. Erklärung zum Beginn des Vorhabens

Mit der Durchführung der Maßnahmen darf nicht vor dem Datum der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn oder vor dem Datum des Zuwendungsbescheides begonnen werden.

Wurde mit der Ausbildungseinrichtung eine Vereinbarung ohne Rücktrittsklausel vor dem Datum der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn abgeschlossen, führt dies gem. § 44 Sächsische Haushaltsordnung (SäHO) zur Ablehnung des Förderantrages.

Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn führt zur Ablehnung des Förderantrages bzw. zur Aufhebung des Zuwendungsbescheides, soweit die Bewilligungsbehörde **nachträglich** von einem vorzeitigen Maßnahmebeginn Kenntnis erhält.

In begründeten Ausnahmefällen kann die Bewilligungsbehörde zustimmen, dass mit der Ausführung der Maßnahmen bereits vor der Bewilligung begonnen wird. Aus der Erlaubnis zum vorzeitigen Beginn kann jedoch kein Anspruch auf Förderung abgeleitet werden.

Mit der Maßnahme habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) ohne Zustimmung nichts bestellen, kaufen oder beginnen.

Mit der Maßnahme muss aus folgenden Gründen bis zum _____ begonnen werden:

Ich/wir bitten um Zustimmung zum vorzeitigen Beginn vor Bewilligung.

Ich/wir nehme(n) davon Kenntnis, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.

11. Erklärung zum Datenschutz

Mir/uns ist bekannt und ich/wir willige(n) ein, dass personenbezogene Daten im Zusammenhang mit dem Antrag verarbeitet werden, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörden und Stellen erforderlich ist.

Eine Rechtspflicht meiner-/unsererseits zur Abgabe der personenbezogenen Daten besteht nicht. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir das Recht habe(n), die Abgabe der personenbezogenen Daten zu verweigern. Für den Fall, dass ich/wir die Abgabe der personenbezogenen Daten verweigere(n), wurde(n) wir/ich darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Förderung in diesem Fall nicht erfolgen kann.

Ich/wir weiß/wissen und bin/sind damit einverstanden, dass bereits erhobene Daten zu anderen Fördermittelanträgen mit den Angaben dieses Antrages verglichen und zu Kontrollzwecken in dieses Prüfverfahren einbezogen werden.

Ich/wir willige(n) ein, dass die Daten dem Bund und der EU im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass - soweit es zur Aufgabenerfüllung nach dem Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10. Juni 1999, SächsGVBl S. 273, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. August 2003 (SächsGVBl. 330, 340) in der jeweils geltenden Fassung, erforderlich ist – unsere personenbezogenen Daten durch die Sächsische Staatskanzlei oder ein Sächsisches Staatsministerium nach § 4 Abs. 1 SächsFöDaG auch ohne unser Einverständnis verarbeitet werden dürfen.

12. Allgemeine Erklärung

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben im Antrag und der beigefügten Anlagen werden versichert. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Antrages. Das Einverständnis zur Prüfung des Antrages durch Sachverständige/Gutachter wird erklärt.

Die Planung der Finanzen erfolgte nach dem Prinzip des wirtschaftlichen und sparsamen Umganges mit Mitteln.

Die Zuwendung wird nach Maßgabe der Förderrichtlinie gewährt. Die Richtlinie ist mir ausgehändigt worden (siehe auch <http://www.smul.sachsen.de/foerderung/813.htm> ; sie ist Bestandteil dieses Antrages).

Ermäßigen sich die Ausgaben oder ändert sich die Finanzierung wesentlich, so wird dies der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitgeteilt.

13. Warnung vor Subventionsbetrug

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, dass Subventionen Leistungen aus öffentlichen Mitteln (nach EU-, Bundes- oder Landesrecht) sind, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt werden.

Wegen Subventionsbetrug (§ 264 Strafgesetzbuch) wird bestraft, wer

- einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind,
- einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet,
- den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt oder
- in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.

Subventionserheblich sind Tatsachen,

- die durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes von dem Subventionsgeber als subventionserheblich bezeichnet sind oder
- von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist.

Hierzu gehören insbesondere

- die Angaben und Erklärungen im Antrag und den dazu eingereichten und nachgereichten ergänzenden Unterlagen,
- die Angaben und Erklärungen im Verwendungsnachweis und den dazu eingereichten und nachgereichten ergänzenden Unterlagen,
- Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden und Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung.

Ort, Datum

Unterschrift